

Laibacher Zeitung.

Nr. 283.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 9. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. December d. J. die bei dem österr. kais. Orden der eisernen Krone erledigten Stellen des Herolds und des Kanzlisten, und zwar erstere dem bisherigen Ordenskanzlisten, Regierungsrathe und Cabinetssecretär August Kengelrod, letztere dem Regierungsrathe und Cabinetssecretär Karl Hofmann zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. December d. J. die beim österr. kais. Orden der eisernen Krone erledigte Hofschriftstelle dem Officialen des k. k. Obersthofmeisteramtes Anton Böhm zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. November d. J. den Domcholafticus Nicetas Isak zum Domcustos und den Consistorialkanzler Johann Ritter v. Stupnicki zum Domherrn des Lemberger griechisch-katholischen Metropolitancapitels allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. November d. J. den Docenten der Geschichte der Baukunst am k. k. polytechnischen Institute in Wien Dr. Karl v. Litzow zum unbefoldeten außerordentlichen Professor dieser technischen Hochschule mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 8. December.

Die Sitzungen des Pariser gesetzgebenden Körpers nehmen bei der sonst obwaltenden politischen Windstille die öffentliche Aufmerksamkeit in hervorragender Weise in Anspruch. Diesmal ist es nicht die alte parlamentarische Größe Thiers, sondern es sind die jüngeren Glieder der Kammer, welche die Regierungspolitik, deren eminent conservativen Charakter die heftige Verurtheilung der Garibaldianer durch Rouher darthut, auf das heftigste angreifen. Wenn man auch den Standpunkt dieser Redner nicht zu dem seinigen machen mag, so wird man doch durch manche treffende Aeußerung, durch manche geistreiche Streiflichter gefesselt, welche auf die großen Fragen der Gegenwart fallen. Ein Ereigniß war in dieser Beziehung die Rede Jules Simons. Er begann mit dem Bekenntnisse, daß er für alle aufrichtigen Ueberzeugungen stets die tiefste Ehrfurcht gehegt habe. Nicht historische Thatfachen, wie die Schenkung Pöpius u. s. w., sondern die Gewissensfreiheit sei das ernsteste Argument, auf welches die Vertheidiger der weltlichen Herrschaft sich stützen könnten. Aber auch dieses sei nur ein scheinbares. Die Unabhängigkeit des Papstes habe nichts mit seiner Souveränität gemein; im Gegentheile stelle ihn die letztere in eine beständige Abhängigkeit. Dies haben die letzten Ereignisse unwiderleglich bewiesen. Der Papst ist nur so lange König von Rom, als Frankreich ihn beschützt, sei es direct, wie es bis Ende vorigen Jahres geschah, sei es indirect durch die Legion von Antibes. Als Italien sich gegen diesen Zustand erhob, habe die Florentiner Regierung unmöglich widerstehen können; vielleicht hegte die französische Regierung selbst den geheimen Wunsch, daß die Actionspartei den Sieg davontrage. In einer Depesche. . . Der Minister des Aeußern. Ich protestire in der ausdrücklichsten Weise.

Jules Simon: Angesichts einer so formellen Erklärung muß ich meine Vermuthung fassen lassen. Ich komme also darauf zurück, daß der Papst ein beschützter König ist, daß dieser Schutz seine Unabhängigkeit vernichtet und daß die wahre Art, ihn zu vertheidigen, darin besteht, ihn sich selbst zu überlassen. Keine Expeditionen mehr, die ja doch nur in der Absicht unternommen werden, sagen zu können, daß Sie den Untergang des Papstthums nicht verschuldet haben. Nein, wir stützen nicht den weltlichen, sondern den geistlichen Herrscher; wir stellen ihm unsere weltliche Macht zur Verfügung, damit er uns etwas von seiner geistlichen Macht gebe. Diesen Austausch von Unterstützungen zwischen der weltlichen und der geistlichen Regierung nennt man die Concordate. Ja, das Princip der Concordate ist das Princip unserer Ver-

schlingung Roms. Ich aber erkenne weder in Rom noch in Frankreich diese Allianz an; ich behaupte, daß jeder von beiden Theilen in seiner Sphäre bleiben muß und in diesem Bündniß seines Rechtes und seiner Ehre verlustig geht.

Redner erinnert an die Concordate von 1516 und 1801 und entwickelt an diesen Beispielen, daß das System der Concordate gerade der weltlichen Herrschaft des Papstes verderblich ist. Der wahre Standpunkt findet sich in der Formel Savours: „Die freie Kirche in dem freien Staate“ oder vielmehr wie er sagen möchte: die freien Kirchen in dem freien Staate.

Ich kenne, fährt der Redner fort, die ersten Einwendungen, welche man gegen dieses System erheben kann. Es sind ihrer hauptsächlich drei: erstens, daß die Concordate uns nicht mehr lästig fallen; zweitens, daß die Kirche, wenn sie sich von der weltlichen Macht trennt, in sich selbst nicht genug Kraft und Dauerbarkeit hat und drittens (im Gegensatz hiezu), daß die Kirche in diesem Falle zu stark würde, als daß die weltliche Macht sie ertragen könnte. Was den ersten Punkt betrifft, so ist es richtig, daß die französische Revolution den Druck der Intoleranz abgeschüttelt hat; aber man kann nicht leugnen, daß es noch seine Schwierigkeiten hat, durch Wort oder Schrift Lehren zu verbreiten, welche den Dogmen der katholischen Religion zuwider sind. Damit aber die Wissenschaft stark, ernst, wirksam sei, muß sie frei sein. Ich wünschte, daß einmal ein Priester der katholischen Kirche gerade aus Achtung für das Dogma verlange, man solle aus den Verfassungen und Gesetzen alles entfernen, was sie zum Schutze desselben enthalten. Geben wir nicht den Satz zu, daß wir, weil es keine Verbrennungen und politische Ausschließungen mehr gibt, nichts mehr für die Gewissensfreiheit zu verlangen hätten.

Wir werden nicht eher zufrieden sein, als bis die Gesetze kein Wort mehr enthalten zum Schutze der Religion und bis diese nicht mehr von der Zuchtpolizei und den Schwurgerichtshöfen vertheidigt werden wird. Es kam uns theuer zu stehen, sie in Rom zu beschützen. Es hat uns das Blut unserer Soldaten, unser Geld und das Bedauern gekostet, eine Sache zu vertheidigen, welche nicht die unsere ist. Ja, als die Expedition entschieden ward, erbeute das ganze Land. Als man vor einem Jahre einen Krieg mit Deutschland befürchtete, an den ich für meine Person nicht glaube, verlangte die Regierung 120.000 Mann. Aber nicht die Zahl macht die Stärke einer Armee, nicht die Energie des Soldaten, auch nicht das Chassepot-Gewehr, sondern die Idee, das Bewußtsein des Soldaten, daß er die Freiheit und die Ehre Frankreichs mit sich führt. Wir können mit einer schwachen Armee in einem nationalen Kriege den Armeen Europa's Trost bieten; aber in einem Kriege für den Papst wäre Europa nicht mit uns. Was den Einwand betrifft, daß die geistliche Regierung der Unterstützung der bewaffneten Gewalt bedürfe, so will ich mich bei demselben nicht aufhalten, das heißt die Anschuldigungen seiner Gegner noch übertreffen. Der dritte Einwand scheint mir bedeutender. Wenn der Papst den heroischen Entschluß faßte, die Verträge, welche ihn an die weltlichen Mächte binden, zu zerreißen, wenn er den Vatican und seinen Glanz verliesse und wie ein Apostel in die Welt auszöge mit der Einfachheit des Hauptes einer Lehre, welche sich nur durch die Wahrheit ihres Inhalts vertheidigt, dann, ja dann wäre der Papst die größte Macht, welche das 19. Jahrhundert sehen könnte.

Nun denn, wenn ich trotzdem die Trennung der weltlichen von der geistlichen Macht verlange, so thue ich das in dem Glauben an die Fortpflanzungskraft der Freiheit. Die katholische Freiheit wäre der Anfang der allgemeinen Freiheit, welche ich mit allen meinen Wünschen ersehne, und welche der Katholicismus selbst verlangt muß; denn wer die Emancipation des Gedankens fürchtet, der hat kein Vertrauen in die Wahrheit dessen, zu dem er sich bekennt. Was mich betrifft, ich verlange die Freiheit, die absolute Freiheit, selbst für meine Gegner; das ist die Lehre, welche ich stets vertheidigt habe und der ich bis zu meiner letzten Stunde angehören werde.

Die Erklärungen Rouher's haben übrigens die Situation geklärt.

Die „France“ sagt, das erste Resultat der Erklärung Rouher's wird sein, die Conferenz unnütz zu machen. Die römische Frage ist unserer Ehre und der Ruhe des religiösen Gewissens gemäß gelöst.

Die „France“ endigt in folgender Weise: Man weiß das, was Frankreich will, und in einem Lande, wie dem unserigen, ist eine Politik, die sich behauptet, eine Politik, welche triumphirt.

Der „Temps“ sagt: Die gestrige Erklärung ist die Campagne von 1823 des zweiten Kaiserreichs. Sie ist das endgiltige Fehlschlagen des ganzen Conferenzprojectes.

Das „Avenir national“ sagt, die gestrige Sitzung erinnert an die Sitzungen von 1849, wo sich die große Ordnungspartei reconstituirt hat.

Parlamentarisches.

Wien, 6. December.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß nahm in seiner heutigen Sitzung die Berathung über das Gesetz betreffend die Gebühren- und Stempelfreiheit bei Arrondierung von Grundstücken wieder auf, welches zur Berathung der verschiedenen zu § 1 dieses Gesetzes im Hause gestellten Anträge an den Ausschuß zurückgewiesen worden war.

Der Berathung beigezogen waren auch die Antragsteller Abg. Dr. Heinrich Berger und Peeder, welche ihre Anträge vertraten.

Nachdem auch noch von dem Berichterstatter Abg. Plancksteiner, sowie von den Abgg. Dr. Stieger und Steffens hierauf bezügliche Anträge gestellt wurden, wurde § 1 vom Ausschusse in der von Steffens vorgeschlagenen Fassung angenommen, welche lautet:

„Wenn durch Tausch von Grundstücken, die der landwirtschaftlichen Benützung gewidmet sind, eine Arrondierung des Besitzes des einen oder anderen Theiles bewirkt wurde, so sind die hierauf Bezug habenden Rechtsgeschäfte gebührenfrei, insofern die eingetauschten Grundparcellen von gleichem Werthe sind.“

Um ferner die von der Regierung im Hause der Abgeordneten bei Berathung dieses Gegenstandes geltend gemachten Bedenken zu entkräften, wurde über Antrag des Abg. Steffens angenommen, als § 5 in das Gesetz folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Dieses Gesetz tritt mit dem letzten December 1873 außer Wirksamkeit.“

Das Subcomité des Preßauschusses, bestehend aus dem Obmann Abg. Kuranda und den Abgg. Herbst und Waser, hat heute den Entwurf des Preßgesetzes vollendet und wird derselbe demnächst dem Gesamtausschusse zur Berathung vorgelegt werden.

Der über den Antrag des Abgeordneten Skene nübergeordnete Ausschuß zur Berathung der Frage wegen Förderung des Tabakbaues in den diesseitigen Ländern hielt am 6. d. Abends seine erste Sitzung, in welcher nach einer allgemeinen Discussion dieser Angelegenheit darüber berathen wurde, in welcher Weise sich der Ausschuß in dieser Frage näher informieren wolle. In letzterer Hinsicht wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen einen Vertreter zu den Ausschußverhandlungen zu entsenden, welcher über die Verwaltung dieses Monopols Aufschlüsse zu geben hätte, so wie auch einige sachkundige Experten beizuziehen, welche ihre Ansicht auseinandersetzen sollten, unter welchen Modalitäten der Tabakbau in den diesseitigen Ländern am besten eingeführt werden könnte.

Die Rede Jules Favre's.

Paris, 3. December. Durch fast drei Stunden und bis zur äußersten Erschöpfung hat Jules Favre in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers über die römische Frage gesprochen. Wie der Telegraph bereits angezeigt hat, ging die selbstgestellte Aufgabe des Redners dahin, den Beweis zu führen, daß die Kammer der jetzigen Expedition nach Rom die Zustimmung aus vier Gründen nicht ertheilen könne. 1. Weil sie nach der Anschauung des Redners die Interessen Frankreichs bedrohe; 2. weil sie das Rechtsprincip verletze; 3. weil sie selbst für die Sache, welcher sie dienen wolle, verderblich sei, und 4. weil sie eine Reihe gefährlicher Verwicklungen nach sich zöge. 3. Favre befragt vor allem, daß man die Expedition unternommen habe, ohne die Kammer zu befragen. Hätte die Kammer sie verworfen, so wäre sie unterlassen worden, hätte die Kammer sie gebilligt, so wäre sie mit einer Autorität unternommen worden, welche den Agitatoren Stillstand geboten hätte.

Marquis de Viro. Die Agitatoren lassen sich niemals Stillstand gebieten.

J. Favre. Wenn man ihnen nicht Stillstand gebieten kann, so verurtheilt man sich damit selbst; denn es gibt keine Agitation, welche nicht durch das Recht und die Gerechtigkeit entwaffnet werden könnte. (Beifall)

links.) Redner greift, um die Frage in ihrem ganzen Umfange zu erörtern, auf die Ereignisse von 1849 zurück und erklärt, daß, wenn die erste Expedition nach Rom noch durch die Umstände entschuldigt werden konnte, die zweite Frankreich in eine unentwerrbare Verlegenheit versetzt hat. Man sei 1849 nach Rom gegangen, um dem siegreichen Oesterreich Einhalt zu gebieten und gleichzeitig, wie dies der berühmte Brief an Edgar Bay erkläre, die weltliche Regierung des Papstes zu verbessern. Der Charakter der französischen Intervention war also der eines Rathes. Er blieb erfolglos, und als sich später die Bevölkerung der Romagna von der päpstlichen Herrschaft los sagte, ermächtigte Frankreich allerdings einen berühmten General, an die Spitze der päpstlichen Armee zu treten, um diese Provinz zurückzuerobern; aber das eine Wort, welches es an Italien zu richten brauchte, wird nicht gesprochen und die päpstliche Armee wird mindestens mit indirecter Zustimmung Frankreichs vernichtet. (Unterbrechung.) Von nun an setzt das Papstthum allen Vorstellungen die Bedingung der Wiederherstellung seiner alten Besitzungen entgegen. Es weigert sich Italien anzuerkennen und nennt dieses stets „die subalpinische Regierung.“ Das ist eine Beleidigung, und wer einen Alliierten Frankreichs beleidigt, beleidigt Frankreich selbst (Murren), das hat ein Minister gesagt und Sie haben sonst nicht die Gewohnheit, gegen einen Minister zu murren. (Heiterkeit links.) Redner begreift es, wenn Marquis de Lavalette seine Entlassung gab, als man die zweite Expedition nach Rom unternahm. J. Favre erkennt bei dieser Gelegenheit gerät die persönlichen Eigenschaften des ehemaligen Ministers an.

Eine Stimme: Sie urtheilen so über die Minister, wenn sie nicht mehr am Ruder sind.

J. Favre: Im Jahre 1862 bezeichnet ein Brief des Kaiser Napoleon den Widerstand des Papstes als den Grund der beunruhigenden Lage Italiens. Der h. Stuhl antwortet mit einem neuen non possumus. Da schließen Frankreich und Italien die Septemberconvention, die den Keim neuer Zweideutigkeiten, neuer Verwicklungen enthielt. Dies hat der Minister des Aeußern selbst im Senat zugestanden.

Eine Stimme: Er hatte Unrecht.

J. Favre: Der h. Stuhl antwortete auf die Convention mit der „Encyclica“ vom 8. December, d. i. mit der heftigsten Anklageschrift, welche jemals gegen die moderne Gesellschaft und insbesondere gegen unsere Gesetze und Einrichtungen formuliert worden ist. Dieser Act hätte allein die französische Regierung von jeder Verpflichtung gegen den h. Stuhl entbunden.

Gleichwohl blieb Frankreich, wenn es Rom officiell räumte, doch unter der päpstlichen Cocarde in der ewigen Stadt. Man erinnert sich der Mission des Generals Dumont, welche die Disciplin in der Legion von Anibes wieder herstellen sollte; es war dies nicht nur eine Verlegung des Septembervertrages, sondern auch des französischen Gesetzes, welches unsere Soldaten nur zur Vertheidigung des Vaterlandes dem Kriegsminister zur Verfügung stellt. Aber die päpstliche Armee wurde nicht nur durch französische Soldaten gebildet, sondern der französische Clerus wurde auch officiell beauftragt, unter den verblendeten Landbevölkerungen für den heil. Stuhl zu werben. (Lebhafter Widerspruch. Granier de Cassagnac: Die ländlichen Bevölkerungen blicken sehr klar und werden über Sie richten.)

Redner kann die zärtliche Fürsorge für Aufrechterhaltung der Septemberconvention und für die Verträge überhaupt nicht begreifen. Er erinnert an das, was in Dänemark, Deutschland und Mexico vorgegangen.

Zur letzten Phase der römischen Angelegenheit gelangend, will Redner die zweideutige Haltung Italiens nicht in Schutz nehmen, aber er kann auch die Vertrauenslosigkeit der französischen Regierung nicht begreifen. Endlich habe man sich nach vielfachen Schwankungen für die neue Expedition nach Rom entschieden, die aber mit der eigenen Erklärung des Herrn v. Moustier, daß die Einheit Italiens im Interesse Frankreichs liege, im grellsten Widerspruche stehe. Man habe die Garibaldianer zurückgeschlagen. Er wolle nicht untersuchen, ob es nicht menschlicher gewesen wäre, sie sich freiwillig zurückziehen zu lassen, von jener Zeit her rühre die Phrase, welche in Europa so trauriges Aussehen gemacht hat: „Das Chassepot-Gewehr hat Wunder gethan.“ (Stürmische Unterbrechung.) Dieses Wort hat nicht nur die französischen Herzen verletzt, sondern auch in Italien einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen. Bei aller Achtung vor den Gefühlen der Anhänger der weltlichen Herrschaft müsse er erklären, dieselben nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr zu verstehen.

Man streite jetzt, ob die Conferenz zu Stande kommen werde oder nicht; aber für die Hauptsache sei dies ganz gleichgültig. Der Papst könne nicht auf der Conferenz erscheinen, ohne abzudanken oder sich absetzen zu lassen. (Widerspruch.) Redner kennt nur zwei Auswege aus der gegenwärtigen Lage: Entweder man überläßt Italien und den Papst sich selbst (Kärrn). . . Nicht? Dann ist die Zeit der halben Maßregeln vorbei und man muß entschlossen und wirksam die weltliche Herrschaft des Papstes aufrecht erhalten. (Mehrere Stimmen: Ja! Ja!) Sie rufen: ja! Wissen Sie aber auch um welchen Preis? Sie werden eine Armee von 50.000 Mann stellen und 100 Millionen jährlich aus-

geben müssen. Und für wenn das? Man befrage die Encyclica von 1864: die weltliche Unabhängigkeit der Fürsten und Völker ein Irrthum! Glauben, daß die Wissenschaft, die Moral, die bürgerliche Gesetzgebung sich der kirchlichen Autorität entziehen können, ein Irrthum! . . . Daß der Papst sich mit dem modernen Fortschritt und Liberalismus versöhnen könne, nichts als Irrthum! Das sind die Lehren, zu welchen man Sie zurückführen will. Oh, ich weiß wohl, daß die Regierung durch ein Wunder ihrer Logik diese Encyclica durch den Staatsrath zerreißen ließ. Ja, sie hat sie zerreißen lassen, aber sie sammelte die Fegeln, um aus ihnen Pflöpfen für die Chassepot-Gewehre zu machen.

Oesterreich.

Wien, 7. Decbr. (Abgeordnetenhaus.) Eine Vorlage des Finanzministers verlangt Vermehrung der Münzschneide von 12 auf 15 Millionen gegen äquivalente Staatsnoten-Einziehung. Die Vorlage wurde dem Finanzausschusse zugewiesen. Unter den Einläufen ist die Wiener Volksadresse gegen das Concordat mit 41.324 Unterschriften. Hierauf Bericht über die Herrenhaus-Abänderungen an den Grundgesetzen.

Wien, 5. December. (Fortsetzung der Sitzung der Deputirtentafel.) Ghyczy beantragte einen Zusatzparagraph bezüglich der Militärgränze, welcher abgelehnt wurde. Bonis erklärt, er werde bezüglich der Militärgränze und der Territorialintegrität der ungarischen Krone einen eigenen Antrag einbringen, womit der Ministerpräsident und das ganze Haus sich einverstanden erklärten. Ghyczy schlägt anstatt des von der Centralcommission beantragten fünften Paragraphen einen Beschlußentwurf vor, nach welchem die drei Finanzgesetzentwürfe gleichzeitig für beide Hälften des Reiches sanctioniert, aber erst dann der Sanction unterbreitet werden sollen, wenn alle im Gesetzartikel XII. aufgestellten Bedingungen erfüllt sind. Der Ministerpräsident bezeichnete diesen Antrag, indem er ihn bekämpfte, als eine wahre Realunion. Als es zur Abstimmung kam, wurde abermals ein meistens von Mitgliedern der äußersten Linken unterzeichnetes schriftliches Ansuchen um namentliche Abstimmung eingereicht. In dieser wurde der von der Centralcommission vorgeschlagene fünfte Paragraph mit großer Majorität angenommen.

— 6. December. (Sitzung der Deputirtentafel.) Perczel erklärt im Namen seiner Genossen, daß sie die ministerielle Beantwortung ihrer Interpellation wohl nicht ganz befriedigend gefunden, daß sie sich jedoch durch das Versprechen beruhigt fühlen, welches der Landesvertheidigungsminister gegeben. Der Finanzminister urgirt, daß die Wahl der Finanzcommission ehestmöglich auf die Tagesordnung komme. Dieselbe wird für morgen bestimmt. Hierauf findet über Antrag des Finanzministers eine geschlossene Sitzung betreffs des Staatsschuldengesetzentwurfes statt.

— 6. Decbr. (In der geschlossenen Sitzung der Deputirtentafel) kam ein nicht bedeutender Rechnungsfehler bezüglich der Staatsschuld zur Sprache, der nun nicht zum Gegenstand einer Discussion gemacht werden wird. Auf eine Interpellation in Betreff der im vorigen Jahre verpfändeten Krongüter gibt der Finanzminister eine entsprechende Antwort. Eine öffentliche Sitzung fand heute nicht mehr statt.

— 6. December. (Staatsrechnungssämter) „Hirnöl“ meldet: Se. Majestät habe die Organisirung den ungarischen Staatsrechnungssämter zu bewilligen und der ungarischen Historiker Michael Horvath mit einem ansehnlichen Jahrgeloh aus dem katholischen Religionsfonds zu dotiren geruht.

Rusland.

Berlin, 6. December. (Abgeordnetenhaus.) Präsident Forckenbeck verliest ein Schreiben des Grafen Bismarck, welches mittheilt, daß der König gestern den Grafen zur Lippe unter Belassung seines Charakters als Staatsminister entlassen und den Präsidenten des Oberappellationsgerichtes, Dr. Leonardt, zum Justizminister ernannt hat.

— 5. December. (Amnestie. — Conferenz.) Die officiële Zeitung veröffentlicht ein königliches Decret, nach welchem allen Urhebern und Mitschuldigen an dem Vergehen der Invasion auf das päpstliche Gebiet Amnestie ertheilt wird. Die „Opinione“ versichert, es werde nächstens in Paris eine engere Conferenz zusammentreten, welche sich darauf beschränken wird, die Grundlagen der Erörterungen über die römische Frage zu besprechen. Die Großmächte werden dabei durch ihre in Paris accreditirten Gesandten vertreten sein.

Florenz, 4. December. (Note Menabrea's.) Die „Opinione“ versichert, Menabrea habe heute eine Note nach Paris gerichtet, in welcher er die in der Note Moustiers vom 27. November enthaltenen Erklärungen als Unterpfand dafür annimmt, daß die Politik Frankreichs keine Ermuthigung oder Stütze für die Feinde Italiens sein werde, und sich vorbehält, der kaiserlichen Regierung die Vorschläge bekannt zu geben, welche man seiner Ansicht nach der Conferenz unterbreiten sollte.

Paris, 5. December. (Gesetzgebender Körper.) Rouher charakterisirt und rechtfertigt die Intervention in Rom vom moralischen, religiösen und socia-

len Gesichtspunkte. Er erläutert die Religion, welche Garibaldi an die Stelle des Katholicismus setzen wollte. Die Haltung Italiens, bis zum 21. August eine aufrichtige, wurde in der Folge gefällig, unterwürfig und schließlich mitschuldig. Frankreich ist nach Rom gegangen, um die Revolution aufzuhalten, welche drei Abstufungen hatte: Rom, Florenz und Paris. Rouher erklärt weiter: Unsere Truppen werden in Rom bleiben, so lange die Sicherheit des Papstes ihre Gegenwart nothwendig machen wird. Sicherheit bedeutet nicht nur materielle Ruhe, wir wollen auch ernstliche Garantien von Italien haben. Italien wird sich nie Roms bemächtigen (lärmender Beifall); gleichzeitig will die französische Regierung die italienische Einheit befestigen; diese beiden Dinge müssen neben einander bestehen. Rouher weist die Interpellation der Linken zurück. Bezüglich der Interpellation Chesnelongs sagt er, sie verdiene die Erklärungen, welche gegeben wurden. Besteht eine Gemeinschaft der Ideen zwischen uns und der Kammer? (Zeichen der Zustimmung.) So möge denn die Kammer der Regierung ein Vertrauensvotum geben und insbesondere möge sich die Majorität nicht spalten. (Beifall.) Die Sitzung wird unterbrochen. — Die Commissionen haben die Interpellationen Picards und Senons über das Dctroi von Paris und die Municipalverwaltung von Lyon zurückgewiesen. — Jerome David spricht zu Gunsten der weltlichen Macht. Wir müssen in Rom bleiben, bis die italienische Politik sich im Sinne der Septemberconvention geändert hat. Frankreich, indem es den Papst unterstützt, ist nicht solidarisch mit den theologischen Erklärungen desselben.

Belgrad, 5. December. (Eine Erklärung der Regierung.) Die „Srboske Novine“, das amtliche Organ der serbischen Regierung, schreibt: Die serbische Regierung will eine klare politische Stellung. Die systematische Vervollkommnung der bestehenden Wehrverfassung ist keine Rüstung von aggressivem Charakter. Serbien trachtet beständig seine nationale Existenz zu consolidiren. Die eventuellen Fragen gegenüber der Türkei betreffen die innere Politik des Orients. Eine Lösung ist möglich, ohne die Integrität der Pforte zu verletzen, und ist daher für den Frieden Europa's nicht gefährlich. Ein fremder Einfluß könne Serbien von seinen Lebensinteressen nicht abwenden.

New-York, 3. December. (Der Bericht des Staatssecretärs des Schatzes) veranschlagt die Einnahmen für die drei Quartale des mit nächstem Juni endigenden Jahres auf 296 Millionen, die Ausgaben auf 295 Millionen, die Einnahmen für das im Juni 1869 endigende Jahr auf 381 Millionen, die Ausgaben auf 372 Millionen. Die öffentliche Schuld ist seit November 1866 um mehr als 59 Millionen vermindert. Der Staatssecretär spricht sich zu Gunsten der Verminderung des Papiergeldes und der Auszahlung der Bonds in Gold, für die Fortdauer der nationalen Bankten aus und empfiehlt die Convertirung der gesamten Schuld in 6perc. Bonds auf zwanzig Jahre. Die Regierung würde ein Sechstel der Interessen zurückhalten, um dies nach Verhältniß unter die verschiedenen Staaten zu vertheilen, anstatt den letzteren zu gestatten, die Bonds mit einer Steuer zu belegen.

Tagesneuigkeiten.

— (Die Militärbuchhaltung) geht dem Vermehren nach am 1. Jänner in das Ressort des Kriegsministeriums über, und erfolgt an diesem Tage die Auflösung derselben. Von den fast 800 Beamten, welche so lange das Personal der Buchhaltung bildeten, werden nach den bisher bekannt gewordenen Daten nicht weniger als 280 pensionirt. Es wurde hierbei im allgemeinen der Grundsatz beobachtet, daß vornemlich die Beamten mit 30jähriger Dienstzeit in die erste Reihe der zu Pensionirenden treten.

— (Freiherr von Rothschild wegen 72 Gulden geklagt.) Anselm Freiherr v. Rothschild wurde dieser Tage von einer Wiener Advocaturkanzlei in Vertretung mehrerer Gläubiger auf Bezahlung von 72 fl. 36 1/2 kr. belangt. Es hat diese Klage, wie wir zur Veruhigung aller Gläubiger des Hauses Rothschild hervorheben müssen, keineswegs in der Zahlungsunfähigkeit desselben ihren Grund, vielmehr entspringt sie aus folgendem Factum. Die erwähnten Gläubiger haben auf die Pension, die ein Beamter des Hauses Rothschild von diesem bezieht, Beschlagnahme, und das Gericht trug dem Freiherrn v. Rothschild unter seiner Darsuchung auf, die Pension nicht mehr an den Beamten auszusahlen. Freiherr v. Rothschild ließ sich von dem mehr humanen als juristischen Gedanken leiten, daß der Beamte nicht verhungern könne, und zahlte demselben die Pension doch. Dadurch wurden die Gläubiger in ihren erworbenen Rechten verletzt und traten gegen Freiherrn v. Rothschild klagbar auf.

— (Priesterverhaftungen.) In das Grabschiner Georgskloster (Detentions-Anstalt) wurden wegen regierungsfeindlicher Predigten, wie dem „Fremdenblatt“ aus Prag mitgetheilt wird, bisher 79 Priester von den Strafgerichten zur Untersuchung eingeliefert.

— (Blatternepidemie.) Aus Klausenburg wird gemeldet: Seit einiger Zeit sind hier die Blattern unter den Kindern und noch mehr unter den Erwachsenen in sehr bedenklicher Weise aufgetreten. Todesfälle kommen täglich vor und von dem Gesamttrankensstande liegt jeder dritte an Blattern darnieder. Auf dem Lande wüthet diese Krankheit.

noch stärker und fallen derselben 5 bis 6 Percent (?) der Bevölkerung zum Opfer.

— (Zum Münchener Giftmord.) Die verhaftete Julie Ebergreny soll eine außerordentlich Unruhe zeigen, in der Zelle beständig auf- und abgehen und nur äußerst wenig, etwas Suppe, Thee u. c., zu sich nehmen. Als sie nach dem Gefängnisse transportiert wurde, betheuerte sie dem begleitenden Polizeibeamten in erregten Worten ihre Unschuld, „sie müsse durch ganz fremde Schuld ihr Schicksal erleiden.“ Bei der körperlichen Revision in der Aufnahmestanzlei weinte die Ebergreny ununterbrochen. Die Pretiosen, welche sie gewöhnlich trug, waren ihr schon früher abgenommen worden; später verlangte sie von der Zelle aus, daß man ihr einen in der Wohnung zurückgelassenen Gelobetrag bringe, damit sie anständig im Gefängnisse speisen könne, was ihr auch bewilligt ward. Auch erbat sie sich ein ungarisches Gebetbuch, was ihr gleichfalls nicht verweigert wurde. Ein Verlangen nach Zeitungen und Cigarren, das sie gleichfalls stellte, wurde nicht gewährt. Einen Spaziergang im Hofraume, der ihr gestattet ist, hat sie bisher abgelehnt. Sie hat wiederholt den Wunsch geäußert, von ihren Verwandten in Ungarn besucht werden zu können.

— (Ende einer Vade-reise.) Die Generalin Chamutoff und Graf Borghesani, welche in der zweiten Hälfte des Juni dieses Jahres in Ems unter der Begleitung einer russischen Dame, welche mit ihnen eine Bergungspartie nach Deutschland machte, 40.000 Rubel entwendet zu haben, verhaftet wurden und von welchen in den öffentlichen Blättern so oft die Rede war, sind seinerzeit aus dem Wiesbadener Gefängnis nach Petersburg transportiert und, wie eingetretene Nachrichten melden, zu 20 Jahren Deportation nach Sibirien verurtheilt worden.

— (Ausbruch des Vesuv.) Aus Neapel, 29. November, wird berichtet: Seit vorgestern wälzen sich aus dem Krater Lavamassen, die nicht mehr bloß nach einer Richtung (Ottajano) ihren Lauf nehmen, sondern, in mehrere Ströme getheilt, den Berg des Vesuv längs des Golfes bedecken. Ueber Torre del Greco und Resina sind zwei mächtige Lavaströme bemerkbar, die sich beiden Orten gefährlich drohend zuwälzen. In Resina fanden die vergangenen Tage über beständige Erdschütterungen statt, die glücklicherweise keinen großen Schaden angerichtet haben. Es ist bloß in einem Hause des Ortes eine Treppe eingestürzt.

— (Kaiserin Charlotte.) Aus Brüssel wird geschrieben: Die Kaiserin-Witwe von Mexico ist am 2. d. Nachmittags im Wagen mit der Königin von Laeken nach dem königlichen Palast durch die belebtesten Straßen gefahren und wurde achtungsvoll begrüßt. Sie sieht sehr gut aus. Man versichert uns aus guter Quelle, daß sie in ihren letzten Momenten nie von Mexico oder von ihrem Gemahl spricht. Nur bei ihren Anfällen, die seltener werden, erinnert sie sich, und dann spricht sie von Mexico.

— (Ein Prätendent für den abessinischen Thron.) Unter den zahlreichen Zuschriften, welche die englische Regierung anlässlich der abessinischen Expedition empfangen hat, befindet sich auch eine aus Rom datirte, in welcher ein Herr Brigtower die Behauptung aufstellt, daß sein Urohnvater der rechtmäßige Erbe der abessinischen Krone gewesen sei und als solcher eine Reise nach Rom und anderen europäischen Hauptstädten angetreten habe. Mitterseits will der Prätendent vom König Salomo abstammen. Die Abysinier würden ihn freudig als Beherrscher begrüßen. Lord Stanley ließ dem Prätendenten antworten, daß die englische Regierung sich in keiner Weise in die Angelegenheiten der abessinischen Thronfolge zu mischen gedenke.

— (Offizieller Streit um eine tschechische Slavine.) Der Londoner „International“ erzählt nachstehende Geschichte: Dieser Tage entfloß in Alexandria eine tschechische Slavine aus dem Harem Latifa Pascha's und gerieth in die Hände der preussischen, statt ins russische Consulat, wo sie eigentlich ein Asyl zu suchen gehabt hätte. Der preussische Viceconsul nahm sich jedoch ihrer an und schrieb dem Polizeidirector, daß das Mädchen im Sinne der bestehenden Capitulationen in dem Augenblick, in welchem ihr Fuß die Schwelle des Consulats überschritten, auch aufgehört habe, Slavine zu sein. Man möge ihr daher einen regelrechten Freibrief ausstellen. Es erfolgte eine abschlägige Antwort und nun nahm in Abwesenheit des in Cairo residirenden preussischen Generalconsuls der dortige Consulatverweser die Sache energisch in die Hand und erwirkte das verlangte Actenstück, das dem Mädchen jedoch erst im Polizeibureau eingehändigt werden sollte. Arglos ging der Consulatverweser hierauf ein, erfuhr jedoch bald zu seinem Schrecken, daß man die Unglückliche dort wegen angeblichen Diebstahls verhaftet habe. Seine in den bestigsten Ausdrücken abgefaßten Proteste wurden in keiner Weise berücksichtigt, und schon schien der Gegenstand ad acta gelegt werden zu sollen, als plötzlich der englische Consul intervenierte und die Freigabe des Mädchens in peremptorischer, fast drohender Weise verlangte. Der Umstand, daß Egypten jetzt von den Truppen des nach Abyssinien bestimmten englischen Expeditionscorps durchzogen wird, verleiht seinen Worten besonderes Gewicht und man ist auf den Ausgang der Sache sehr gespannt.

Locales.

— (Localpolizeiliche Amtshandlungen) wurden im Monate November d. J. folgende vorgenommen: 5 Protokollrevisionen, 9 Schlachthausrevisionen, 9 Obstruiren, 3 Confiscationen von Waagen und Waßen, 6 Anstände wegen Standaufstellung, 4 Passagierstrafen, 2 Con-

fiscationen verschiedener Lebensmittel, 5 Hausdurchsuchungen, 126 Verhaftungen, 69 Anzeigen an die Strafgerichte, 18 Abstrafungen wegen Nichtzahlung der Sperrsumme, 41 Abstrafungen wegen Bettelns, 40 zwangsweise Entfernungen und 88 andere localpolizeiliche Abstrafungen.

— (Laibach, Villacher Bahn.) Der Reichsraths-Abgeordnete Herr Dr. L. Toman ist beim Handelsministerium am 3. d. M. im Namen und Vertretung des Eisenbahn-Comité's in Laibach um die Erwirkung der Concession zum Baue und Betriebe einer Eisenbahn von Laibach nach Villach, eventuell nach Unter-Tarvis, und um die Einbringung einer bezüglichen Vorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung eingeschritten.

— (Zur Adelsberger Defraudation) haben die Tagesblätter verschiedene Mittheilungen gebracht, welche wir in der Lage sind, durch nachstehende, aus zuverlässiger Quelle geschöpfte Daten zu berichtigen und zu ergänzen: Im Jahre 1856 ist das Staatsgut Adelsberg wie viele andere Staatsgüter als Pfandstück in die Verwaltung der k. k. priv. österr. Nationalbank übergegangen, in welcher es bis Ende Jänner dieses Jahres verblieb. Während dieses zehnjährigen Zeitraumes haben massenhafte Holzabstodungen stattgefunden, welche den Charakter von Devastationen an sich trugen. Nachdem die Verwaltung des Staatsgutes Adelsberg wieder an die Finanzverwaltung übergegangen war, hat die k. k. Finanzdirection sogleich eine genaue Erhebung des Waldbestandes durch Sachverständige vornehmen lassen, und es zeigte sich ein Abgang an Walzproducten, welcher auf die Entdeckung einer bedeutenden Defraudation führte, die dadurch vollführt wurde, daß die Verwaltungsbeamten die für den Holzverkauf eingehobenen Gelder theilweise unterschlugen. Die k. k. Finanzdirection hat, nachdem die Spuren des verbrecherischen Vorganges durch den abgeordneten Untersuchungscummissar entdeckt waren, den Gegenstand sofort zur weiteren Verfolgung an das k. k. Landesgericht hier abgetreten. Nach dem ersten Verhöre wurden die Beschuldigten sofort in Haft genommen und an das hiesige Inquisitionshaus abgeliefert. Der Betrag der unterschlagenen Gelder kann noch nicht ziffermäßig bestimmt werden, ist aber jedenfalls sehr bedeutend.

— (Feuersbrunst.) Am 29. November l. J. Abends brach in der Werkstätte des Lederers und Hausbesizers Johann Volčić von Lad Feuer aus, welches die darin befindlichen Materialien, die Futter- und sonstigen Vorräthe und den Dachstuhl des Wirtschaft's- und Wohngebäudes verzehrte. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. Der Beschädigte war für den Dachstuhl mit 400 fl. affecurirt.

— (Eine Advocatenstelle) ist im Grazer Oberlandesgerichtspräsidium zu besetzen, und zwar mit dem Amtssitze in Gills. Bewerber, die der slovenischen Sprache mächtig sein müssen, haben ihre Competenzgesuche binnen vier Wochen beim Präsidium des Oberlandesgerichtes einzureichen.

— (Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Laibach. Am 11. December. Wilhelm Schiffer: schwere körperliche Beschädigung; Mathias Schischel: Diebstahl. — Am 12. December. Anton Trajer: schwere körperliche Beschädigung; Maria Propertini: Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens; Andreas Tomšič: öffentliche Gewaltthätigkeit; Georg Svete: schwere körperliche Beschädigung; Johann Susti: Diebstahl. — Am 13. December. Johann Manzar: Diebstahl; Johann Maji: schwere körperliche Beschädigung; Valentin Porenta: schwere körperliche Beschädigung; Jakob Simtel: schwere körperliche Beschädigung.

Öffentlicher Dank.

Durch das hohe k. k. Landespräsidium sind der Direction der städtischen Knabenhauptschule hier 35 fl. als Ergebnis einer freiwilligen, vom Herrn Gemeinderathe Joh. Nep. Horak veranstalteten Sammlung zur Anschaffung von Lehrmitteln für die Lehrlinge, die an benannter Anstalt die Sonntagsschule besuchen, zugewendet worden.

Dafür spricht gefertigte Direction den gebührenden Dank aus: erstens dem edlen Bemühen des Herrn Horak, sodann auch allen Spendern milder Gaben zu diesem Zwecke.

Am heil. Nicolausfeste beschenkte der p. t. Herr Val. Cesko unsere Schule mit einem bedeutenden Quantum Schreibpapiers.

Möge Gott auf das Gebet der Kleinen dem Wohlthäter es hundertfach vergelten.

Städtische Knabenhauptschule zu St. Jakob in Laibach, am 7. December 1867.

Johann Rosmann,
prov. Director.

Neueste Post.

Wien, 7. Decbr. Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die in jüngster Zeit mehrfach verbreiteten Gerüchte, betreffend die Auflösung der k. k. Militärgrenze, sind wir in der Lage als vollkommen unbegründet zu erklären.

Best, 7. December. (Sitzung der Deputirtenkammer.) Das Quotengesetz wird in letzter Abstimmung definitiv angenommen. Panyas Antrag auf Entsendung einer ständigen Finanzcommission wird angenommen und deren Wahl auf Montag anbe-

raunt. Hierauf beginnen die Beratungen über das Staatsschuldengesetz. Nachdem der Finanzminister die Annahme des Staatsschuldengesetzentwurfes empfohlen, beantragte Tisza die Vertagung der Verhandlung, bis das Budget vorliegen wird, damit nach Deckung der Landesbedürfnisse der Ueberschuß als Beitrag zur Staatsschuld verwendet werde. Baron Gabriel Kemény bespricht die Frage eingehend und widerlegt Tisza. Barady spricht für letzteren und unterstützt ihn mit einer Darlegung des geringen Betrages, der für den öffentlichen Unterricht des Landes verwendet wird. Minister Eötvös, der nicht vorgemerkt war, improvisirt hierauf eine seiner glänzendsten Reden. Es sei wahr, daß Ungarn eine große Last auf sich nimmt, aber man dürfe die Frage nicht für sich allein, sondern im Zusammenhange mit der Situation betrachten. Diese erfordere die Verbindung Ungarns mit der Monarchie, und Ungarns Wohlfahrt würde nicht gefördert, wenn der Reichstag etwas beschließen würde, was in den übrigen Ländern der Monarchie finanzielle Verlegenheiten hervorrufen würde. In begeisterten Worten setzt er dann auseinander, daß die Freiheit die Kräfte des Landes verdoppeln und die übernommene Last erträglich machen werde. (Enthusiastischer Beifall.) Hierauf wurde die Berathung geschlossen.

Berlin, 7. December. (Zollvereinistarif.) Die „National Zeitung“ schreibt: Das Bundeskanzleramt bereitet gegenwärtig eine Vorlage für Vereinfachung und nicht unerhebliche Veränderung des Zollvereinistarfes vor.

Florenz, 7. December. (Kammersitzung.) Desanctis, Ferraris, Nicotera und Corte verlangen nach den von der französischen Regierung abgegebenen Erklärungen unverweilt zu interpelliren, welche Haltung die Regierung annehmen werde, um die Rechte und die Würde der Nation zu wahren. Menabrea sagt, er kenne die Worte Rouher's, dessen Ausdrücke die Regierung sehr beschäftigt haben, nur durch den Telegraphen, und erklärt, er könne aber für den Moment nicht kategorisch antworten, ohne vorher positive Informationen von dem Gesandten in Paris zu haben. Er werde Montag anlässlich anderer Interpellationen antworten.

Florenz, 7. December. Im Senate lenkt Marquis Torreaarsa die Aufmerksamkeit des Senats auf die vorgestern gehaltene Rede Menabrea's. Er spricht von der römischen Frage, und behauptet, daß Italien Rechte auf Rom habe. Er glaubt nicht an die Conferenzen und sagt, Italien dürfe den europäischen Frieden nicht stören, es dürfe aber auch nicht auf seine Rechte verzichten. Menabrea antwortet, er habe bereits die Absichten des Ministeriums bekannt gegeben, und fügt hinzu, die römische Frage bietet große Schwierigkeiten dar. Ihre Lösung sei nicht nur für die Interessen Italiens, sondern auch für jene des Papstthums nothwendig. Er schließt: Mit Mäßigung und Beständigkeit werden wir eines Tages unser Ziel erreichen. Marquis Torreaarsa beantragt hierauf folgende Tagesordnung: Der Senat, indem er von den Erklärungen des Conseilpräsidenten Act nimmt, und dessen sicher, daß das Ministerium die Würde und Rechte der Nation aufrechtzuerhalten werde, geht zur Tagesordnung über. Leopardi sagt, es existire bereits eine Tagesordnung vom März 1861 bezüglich Roms; er beantrage, daß dieselbe nunmehr bestätigt werde. Menabrea nimmt die von Torreaarsa beantragte Tagesordnung an, nachdem dieselbe den Ideen des Ministeriums conform sei. Consorti bekämpft den Antrag Leopardi's, weil die Tagesordnung von 1861 davon sprach, in Uebereinstimmung mit Frankreich nach Rom zu gehen. Er sagt, Italien müsse sich stark machen und dann werde die römische Frage gelöst werden. Er unterstützt die von Torreaarsa beantragte Tagesordnung, welche vom Senate mit Einstimmigkeit angenommen wird.

Paris, 7. December. Der „Etenbard“ schreibt: Es geht das Gerücht, daß in Folge der unverhofft in Florenz veröffentlichten Amnestie Garibaldi bereits Caprera verlassen habe. Der „Etenbard“ fügt hinzu: Unser Correspondent in Rom glaubt fortwährend an einen unmittelbaren bevorstehenden neuen Angriff auf den heiligen Stuhl. Die „France“ sagt, es sei heute in parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß aus Anlaß der Erklärungen Rouher's, betreffend die römische Angelegenheit, Mißbilligkeiten im Ministerium ausgebrochen seien.

Geschäfts-Zeitung.

Laibach, 7. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 3 Wagen mit Getreide und 12 Wagen und 2 Schiffe (8 Kister) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Art.	Maß.	Art.	Maß.
fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen pr. Megen	6 66 7 20	Butter pr. Pfund	— 45 —
Korn „	3 96 4 30	Eier pr. Stuck	— 24 —
Gerste „	3 — 3 44	Milch pr. Maß	— 10 —
Hafer „	1 90 2 —	Rindfleisch pr. Pfd.	— 21 —
Halbfrucht „	— 4 90	Kalbsteisch „	— 22 —
Seiden „	3 30 3 55	Schweinefleisch „	— 20 —
Sirise „	3 30 3 25	Schöpfenfleisch „	— 12 —
Ruturay „	— 4 —	Häbndel pr. Stuck	— 30 —
Erdäpfel „	1 60 —	Tauben „	— 13 —
Pinse „	4 50 —	Hen pr. Zentner	— 82 —
Erbsen „	4 — —	Stroh „	— 60 —
Risolen „	5 50 —	Holz, hart, pr. Kist.	— 7 50
Rindschmalz Pfd.	— 50 —	— weiches „	— 5 50
Schweinefleisch „	— 42 —	Wein, rother, pr.	— 12 —
Speck, frisch, „	— 30 —	— Cimer „	— 13 —
— geräuchert „	— 46 —	— weißer „	— 13 —

